Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz der Stadt Wilhelmshaven am Mittwoch, 5. Februar 2020, 15:00 Uhr, Sitzungszimmer TBW - Gebäude A - 1. Etage - Zi.-Nr. 1.00 , Nr. 1/2020

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster
Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

AFD Fraktion

Ausschussmitglied Prof. Dr. Lothar Preuß

Landvolkverein

beratendes Mitglied Christian Andreae

Entschuldigt:

Ausschussmitglied Kristian Stoermer
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Von der Verwaltung

Niksa Marušić	Referatsleitung Umwelt, Hafen, Feuerwehr (2)
André Lachmund	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)

Gäste

Dr. Juliana Köhler	Leiterin UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum
Imke Zwoch	BUND Wilhelmshaven

Protokollführer

Volker Osterkamp	Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung (63)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Genehmigung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 04.12.2019 (öffentlicher Teil)	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Fortführung des Klimaschutzmanagements	**5/2020**
4.2	Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven für die Freiwillige Feuerwehr	**6/2020**
5	Anträge an den Rat	
5.1	Antrag SPD-Fraktion: Einrichtung von Feuerwerks-Verbotszonen im Stadtgebiet	**503/2020**
6	Mitteilungen und Anfragen	
6.1	Vorstellung Jahresbericht UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum	
6.2	Entwicklung der UNESCO-Biosphäre "Wattenmeerregion"	
6.3	Ausweitung Car-Sharing	
7	Öffentliche Anhörung	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.
Im Anschluss daran stellte **Frau Kloster** die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 04.12.2019 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 06.11.2019 wurde mit einer Enthaltung genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Fortführung des Klimaschutzmanagements **5/2020**

Frau Kloster übergab das Wort an **Herrn Marušić**.
Dieser stellte die Beschlussvorlage kurz vor und bat um Zustimmung.

Frau Heide bat ebenfalls um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Daraufhin ließ **Frau Kloster** über den Beschlussvorschlag abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Wilhelmshaven beschließt die Fortführung der Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes (IEKSK) der Stadt Wilhelmshaven sowie die Umsetzung weiterer Maßnahmen im Rahmen des Anschlussvorhabens. Konkret sollen die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

Fortlaufende Maßnahmen
- Solarkataster
- Schulprojekte
- Gründungsinitiative zur Errichtung einer Radstation

Fortlaufende Maßnahmen aus dem Erstvorhaben, die nicht im IEKSK enthalten sind
- Förderung von Kleinwindanlagen
- Mitarbeit am EEA-Prozess

Neubeantragte Maßnahmen aus dem IEKSK
- Klimafreundliche Stadtplanung
- Abwrackprämie für alte Haushaltsgeräte
- Ausbau der Stabsstelle zu einem Klimaschutzbüro
- Schaffung eines Energy-Edutainment-Centers
- Energieberatung für Transfergeldempfänger
- Vorbild-Sanierungen von öffentlichen Liegenschaften
- Klimaschutzziel für die Stadt Wilhelmshaven
- Energie-Aktionstage in Unternehmen
- Zielvereinbarungen mit Unternehmen und Gewerbetreibenden
- Velorouten-Netz (Radschnellwege)
- Modellprojekt für eine Veloroute
- Flächendeckende Wegweisung für den Radverkehr
- Programm zur Führung des Radverkehrs an Knotenpunkten
- Karte für Radfahrer
- Politische Zielsetzung zur Erhöhung des Radverkehrsanteils am Modal-Split
- Aktionsplan Carsharing

Neue Maßnahmen, die sich durch aktuelle Entwicklungen ergeben und die bisher nicht im Klimaschutzkonzept enthalten sind
- Stadtradeln
- Beantragung „Ausgewählte Maßnahme“
- Modellprojekt „Mobilitätsstation in Wohngebieten“

Der Rat beschließt darüber hinaus, das bestehende Klimaschutz-Controlling fortzuführen.

4.2 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven für die Freiwillige Feuerwehr **6/2020**

Frau Kloster las den Beschlussvorschlag vor.

Herr Heinemann wollte von der Verwaltung wissen, ob die Satzung vollumfänglich mit der Freiwilligen Feuerwehr abgestimmt sei. Nachdem Herr Marušić dies bejahte, ließ **Frau**

Kloster über den Beschlussvorschlag abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr.

5 Anträge an den Rat

5.1 Antrag SPD-Fraktion: Einrichtung von Feuerwerks-Verbotszonen im Stadtgebiet **503/2020**

Frau Kloster teilte mit, dass es einen Änderungsantrag von der Gruppe GrünUnabhängigSozial gibt.

Auf die Frage von **Frau Kloster**, ob Frau Zwoch vom BUND als Expertin vor der Abstimmung zu Wort kommen kann, gab es keine Einwände.

Frau Kloster erteilte zur Antragsvorstellung **Frau Heide** das Wort. Nach der Vorstellung las Frau Kloster den Antrag der SPD vor. Dieser lautet wie folgt:

„Die SPD-Fraktion beauftragt die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven zu prüfen, in welchen Teilen des Stadtgebietes Feuerwerks-Verbotszonen eingerichtet werden können.

Begründung:

Zwar ist die Einführung von Feuerwerksverbotszonen keine sonderlich populäre Maßnahme, aber die Gefahren durch explodierendes Feuerwerk erfordern solche Entscheidungen.
Durch das Abbrennen von Feuerwerk entsteht insbesondere an Sylvester eine unverhältnismäßig hohe, gesundheitliche Belastung, für Kinder, Senioren, Menschen mit Lungenerkrankungen, etc.
Durch die Belastung mit Feinstaub, der durch das Abbrennen von Feuerwerk entsteht, leiden diese Menschen besonders häufig unter Husten und Atem-beschwerden.
Außerdem wird immer wieder von Verbrennungen, Augenverletzungen und Hörschäden durch explodierendes Feuerwerk regelmäßig berichtet.
Zusätzlich führt die hohe Lärmbelästigung zu einer enormen gesundheitlichen Belastung für Mensch und Tier."

Frau Kloster erteilte **Frau Stomberg** das Wort, um den Änderungsantrag der Gruppe GUS vorzustellen. Dieser lautet wie folgt:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt folgende Ergänzung des Prüfauftrages:

Weiter Werden Naturschutzbelange gemäß den §§ 39 und 44 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchuG), insbesondere die des Nationalparks Wattenmeer und der Flussseeschwalbenkolonie, zur Prüfung der Feuerwerks-Verbotszonen herangezogen.

Begründung:
Der vorliegende Antrag geht berechtigt auf die Belastungen der Menschen durch

Feuerwerk ein. Die Belastungen, die Natur und Tierwelt erfahren, sind erheblich und sollten eine besondere Rolle bei der Prüfung einnehmen."

Herr Marušić versicherte, dass die Verwaltung in ihrer Prüfung die Belange des Natur- und Artenschutzes mit einfließen lassen wird. Diese Prüfung würde auch ohne Beschluss über den Änderungsantrag erfolgen.

Herr Dr. Schulte betonte, dass nicht mit dem Sprengstoffgesetz, sondern mit anderen Bundesgesetzen (Immissionsschutz, Lärm und entscheidend Naturschutz) argumentiert werden könne, da das Sprengstoffgesetz Feuerwerke unter bestimmten Voraussetzungen zulässt. Da die Verwaltung sowieso alles prüfen muss, hält er eine Ausweitung des Prüfauftrages nicht für erforderlich aber auch nicht für sachlich falsch.

Frau Kloster erteilte **Frau Zwoch** das Wort. Diese erklärte, dass sie die Feuerwerkproblematik aus Sicht der Wildvögel erläutern werde. Besonders strich sie heraus, dass Wilhelmshaven am Nationalpark und am Weltnaturerbe liegen würde. Zu den in diesem Bereich lebenden Wildvögeln würde auch das Image der Stadt Wilhelmshaven betroffen sein. Anschließend schilderte sie sehr anschaulich die Auswirkungen der Feuerwerke auf die jeweiligen Wildvogelarten. Insbesondere in der Brutzeit aber auch im Herbst und Winter, wo viele Zugvögel das Wattenmeer als Rastplatz oder Winterquartier nutzen, ist die Störung durch Feuerwerke erheblich. Es treten stressbedingte Unruhephasen ein, wodurch die wichtige Nahrungsaufnahme für den Weiterflug gestört wird. Zudem werden die Flussseeschwalben bei ungünstig stehenden Windverhältnissen erheblich gestört. Grundsätzlich verbieten möchte sie Feuerwerke nicht, wohl aber die Zahl deutlich reduzieren und vor allem bestimmte Standorte, wie das Wattenmeer, besser geschützt wissen. Das professionelle Feuerwerk beim Wochenende an der Jade sah sie nicht problematisch, da zu der Zeit keine Vögel brüten würden und auch keine Zugvögel vorhanden wären. Zudem sei die Müllentwicklung nicht gegeben. Anders sehe es bei privaten Feuerwerken aus, die das ganze Jahr stattfinden würden. Am Ende ihres Vortrages appellierte sie an den Ausschuss, aktiv für Aufklärung zu sorgen. Dies würde ihrer Ansicht nach dazu führen, dass die Menschen ihr Verhalten überdenken würden.

Herr Harms machte im Anschluss an den Vortrag darauf aufmerksam, dass es sich bei der Anfrage zunächst nur um eine Prüfung handeln würde. Er wollte zudem wissen, ob es sich bei dem angestrebten Verbot um das gesamte Stadtgebiet oder nur um bestimmte Teilbereiche handeln würde. Er hielt es für schwierig, eventuelle Verbote durchzusetzen. Seiner persönlichen Meinung nach sollte das Silvesterfeuerwerk nicht verboten werden.

Frau Heide erläuterte den Antrag dahingehend, dass ein mögliches Verbot nur in gewissen Zonen und nicht im gesamten Stadtgebiet gelten sollte. Der Prüfauftrag soll ungeklärte rechtliche Fragen klären. Persönlich bedenklich hielt sie die immer mehr zur Modeerscheinung werdenden privaten Feuerwerke. Wichtig für sie war es herauszustellen, dass durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ein Bewusstsein der Bevölkerung und auch der Betreiber (z. B. das Atlantic Hotel) geschaffen werden sollte, welche Verschmutzungen und Störungen durch ein Feuerwerk entstehen würden. Es gebe genügend positive Beispiele aus anderen Kommunen, die auf das klassische Feuerwerk verzichten würden und stattdessen Alternativen anbieten (auch Totalverbote).

Herr Marušić strich heraus, dass es verschiedene Arten von Feuerwerken gebe (Silvester-, öffentliche und private Feuerwerke) bei denen die Auswirkungen auch unterschiedlich seien. Bei öffentlichen Feuerwerken würde bedeutend weniger Müll anfallen, als bei Silvesterfeuerwerken. Das Atlantic Hotel sei dabei, Partner des Wattenmeeres zu werden und seine Haltung zu den Feuerwerken zu überdenken. Schwierig sei es aber, etwas

grundsätzlich Erlaubtes verbieten zu wollen. Dies bedarf einer guten Grundlagenprüfung der komplexen Gesetzeslage. Eine Aussage könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

Herr Heinemann bestätigte, dass das Atlantic Hotel seine Feuerwerke einstellen werde. Ein großes Silvesterfeuerwerk würde dieses Jahr noch veranstaltet.

Herr Dr. Schulte empfahl eine vollumfängliche und extensive Prüfung. Er hielt es für geboten, dass überall wo es Grünflächen gebe, Feuerwerk verboten werden sollte. Bereits jetzt würden Gesetze zeitliche Einschränkungen vorgeben.

Frau Stomberg nannte Carolinensiel als positives Beispiel, wo Lasershows statt Feuerwerk veranstaltet würden. **Frau Zwoch** erläuterte hierzu, dass auch von Lasershows Immissionen ausgehen würden. Hier müsste eine Abwägung stattfinden.

Herr Prof. Preuss betonte die Notwendigkeit der Aufklärung und merkte an, dass Verbote das letzte Mittel sein sollten.

Frau Kloster ließ zunächst über den Änderungsantrag von der Gruppe GrünUnabhängigSozial abstimmen (Änderungsantrag siehe Anlage).
Diesem Änderungsantrag wurde einstimmig zugestimmt.

Im Anschluss daran ließ **Frau Kloster** über den geänderten Antrag der SPD abstimmen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die SPD-Fraktion beauftragt die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven zu prüfen, in welchen Teilen des Stadtgebietes Feuerwerks-Verbotszonen eingerichtet werden können.

Begründung:

Zwar ist die Einführung von Feuerwerksverbotszonen keine sonderlich populäre Maßnahme, aber die Gefahren durch explodierendes Feuerwerk erfordern solche Entscheidungen.
Durch das Abbrennen von Feuerwerk entsteht insbesondere an Sylvester eine unverhältnismäßig hohe, gesundheitliche Belastung, für Kinder, Senioren, Menschen mit Lungenerkrankungen, etc.
Durch die Belastung mit Feinstaub, der durch das Abbrennen von Feuerwerk entsteht, leiden diese Menschen besonders häufig unter Husten und Atem-beschwerden.
Außerdem wird immer wieder von Verbrennungen, Augenverletzungen und Hörschäden durch explodierendes Feuerwerk regelmäßig berichtet.
Zusätzlich führt die hohe Lärmbelästigung zu einer enormen gesundheitlichen Belastung für Mensch und Tier.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Vorstellung Jahresbericht UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum

Frau Dr. Köhler trug den als Anlage beigefügten Vortrag vor.

Frau Zaage wollte im Anschluss wissen, wann das Wattenmeerhaus nach Beendigung der Bauarbeiten wieder öffnen würde. **Frau Dr. Köhler** antwortete, dass dies von den zurzeit wegen des Winters nicht begonnenen Rohbauarbeiten abhinge. Zurzeit befinden sich die Bauarbeiten im Zeitplan und sie ginge davon aus, dass im Oktober/November 2020 die Wiedereröffnung stattfinden würde. Ende März könne nach Absprache mit den Architekten Genaueres gesagt werden.

6.2 Entwicklung der UNESCO-Biosphäre "Wattenmeerregion"

Herr Marusic verdeutlichte die im Schreiben von Herrn Lies (Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz) vom 28.11.2019 getätigten Aussagen. Eine Ausweisung als Biosphärenreservat per Gesetz wird vom niedersächsischen Umweltministerium ausgeschlossen. Eine solche Ausweisung ist nach den Anerkennungskriterien der UNESCO auch nicht erforderlich. Im Hinblick auf die sog. Entwicklungszonen soll über die hoheitlich gesicherten schutzwürdigen Bereiche keine weitere Ausweisung von Schutzgebieten erfolgen. Herr Marušić verwies auf die 212 Seiten umfassende Enddokumentation der Thematischen AGs 1-4 „Konsultationsphase zur Einrichtung einer Entwicklungszone für das Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer“. Anschließend trug er den anliegenden Vortrag zum Thema „Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer - Aktuelles aus der Konsultationsphase“ vor.

Herr Heinemann stellte heraus, dass verschiedenste Interessenvertreter aus der Wirtschaft mitwirken sollten. Dafür müssten ihnen die entsprechenden Termine mitgeteilt werden.

Herr Marušić berichtete, dass die Einladungen verteilt wurden.

An der durch **Herrn Andreae** angestoßenen Diskussion, über die seiner Meinung nach nicht stattgefundenen Beteiligung der Vertreter der örtlichen Landwirtschaft, beteiligten sich **Herr Marušić**, **Frau Kloster**, **Herr Dr. Schulte** und **Frau Zaage**. Zusammenfassend wurde erläutert, dass eine örtliche Beteiligung erst auf der am 26.02.2020 im Pumpwerk stattfindenden kommunalen Arbeitsgemeinschaft unter dem Titel „Entwicklung kommunaler Arbeitsprogramme und Projekte“ erfolgen wird.

Herr Dr. Schulte mahnte an, dass sich der ULB vor einer im Rat voraussichtlich am 15.07.2020 zu treffenden Entscheidung genügend Zeit für eine eigene Meinungsbildung nehmen sollte.

Frau Kloster wies darauf hin, dass der Ortsrat ebenfalls vor der Entscheidung im Rat beteiligt werden muss.

6.3 Ausweitung Car-Sharing

Frau Kloster übergab das Wort an **Herrn Lachmund**. Dieser hielt einen Vortrag zur geplanten Ausweitung des Car-Sharings (siehe Anlage).

Herr Heinemann wollte von Herrn Lachmund wissen, ob es auch eine Statistik über die Auslastung der Fahrzeuge gebe. **Herr Lachmund** antwortete, dass die Fahrzeuge über mehrere Stunden am Tag und von mehreren verschiedenen Nutzern ausgeliehen werden. Etwa zu jeweils 50 % von Privaten und Unternehmen.

Prof. Preuss war daran interessiert, ob das positive Fazit von **Herrn Lachmund** oder dem Betreiber stammen würde. **Herr Lachmund** erläuterte, dass sowohl er als auch die Fa. Cambio dieses Fazit ziehen würden. Insgesamt wurden die Erwartungen leicht übertroffen. Als Feedback der Kunden kämen durchweg positive Rückmeldungen.

Auf Nachfrage von **Herrn Andreae** teilte **Herr Lachmund** mit, dass eine Wirtschaftlichkeit zurzeit noch nicht gegeben sei. Über eine sog. Umsatzgarantie beteiligt sich die Stadt für einen Zeitraum von 2 Jahren an den Kosten.

Die von **Herrn Harms** gestellte Frage, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt vorher ihre jetzt mit den Fahrzeugen von Cambio vorgenommenen Dienstfahrten auch per Auto erledigt hätten wurde von Herrn Lachmund bejaht.

Herr Heinemann stellte an **Herrn Lachmund** die Frage, warum der Betreiber eine Umsatzgarantie benötigen würde. Daraufhin erläuterte **Herr Lachmund**, dass gerade bei einem Aufbau eines Carsharing-Projektes eine Wirtschaftlichkeit nicht gegeben sein kann. Die Stadt beteiligt sich an den Kosten, da sie grundsätzlich die Einführung dieses umweltfreundlichen Projektes unterstützen möchte.

Herr Harms wollte erfahren, warum in Sengwarden und Fedderwarden keine Stationen errichtet wurden. **Herr Lachmund** teilte mit, dass es an Unternehmen in diesen Stadtteilen fehlen würde, die insbesondere für eine Auslastung am Vormittag sorgen würden. Zudem würden Standorte zumeist mit einem Partner realisiert.

Zum Abschluss des öffentlichen Teils der Sitzung wollte Frau Heide von Herrn Marušić wissen, warum das Thema „Kastanien im Kurpark" auf der Tagesordnung des nächsten BTBW-Ausschusses und nicht ebenfalls im ULB stehen würde. Herr Marušić teilte mit, dass dieses keine Vorlage sei, sondern als Information unter dem TOP „Mitteilungen und Anfragen" erörtert werde. Die klimatischen Veränderungen und Auswirkungen auf den Baumbestand würden im Ausschuss des Grundstückseigentümers (TBW) behandelt. Eine Neukonzeption der Allee und die damit verbundenen Baumschutzbelange sollen im ULB behandelt werden.

7 Öffentliche Anhörung

Entfiel, da keine Bürger Anliegen hatten.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:20 Uhr

Leinert Stadtbaurat	Kloster Vorsitzende	Osterkamp Protokollführer